

muß in jedem normalen demokratischen Staat eine Regierung tun, die Jahre hindurch das Volk auf falsche Wege geführt hat. Statt dessen möge man doch nicht, um sich reinzuwaschen oder die bisherige Irreführung weiter zu bemänteln, das Volk in ständig ausweglosere Lagen bringen ... das nennen wir nicht demokratisch, und noch weniger: christlich.

Wenn Christus der Fürst des Friedens ist — und er ist es, denn das Schwert, das von seinem Munde ausgeht, der Logos, tötet nicht, sondern birgt in sich das Feuer der Verwandlung aus dem Tode ins Leben — kann es für keinen Christen eine größere und gewaltigere Aufgabe geben, als der Welt zu helfen, endlich den Frieden zu erringen. Wer in Waffen starrend Vorbehalte macht, ist nicht vertrauenswürdig und scheidet sich selbst von diesem Werk. Die deutsche Wiederbewaffnung bringt Deutschland um seine Vertrauenswürdigkeit — das ist der große und vielleicht tödliche Schlag Bonns gegen unsere Zukunft. Deutschlands Zukunft ist nur zu gewinnen aus der tiefen Erschütterung vor all dem Grauenhaften, das Menschen unseres Volkes bis 1945 getan haben, vor allem auch im Osten. Findet die Politik Bonns nicht zu dieser Tatsache zurück, und denkt Bonn sie nicht religiös durch, sich selber zum Heile, wird es Deutschland nur in den Abgrund stoßen.

Dann bliebe nur noch eine Hoffnung: daß die großen Spieler in diesem Spiele, wozu die Zeichen am Himmel erscheinen, die Stunde der Völkerwende erkennen und die Karte Deutschland aus den Händen fallen lassen, unter den Tisch. So oder so — das Schicksal geht dann über uns hinweg.

Darum ist es so sehr bedeutsam, daß wir Christen eines anderen (als des offiziellen, scheinbaren) christlichen Gewissens bei den Wahlen des nächsten Jahres keinem Kandidaten unsere Stimme geben, der sich nicht aus seinem eigenen Gewissen heraus verpflichtet fühlt, diese falschen Aufrüstungsmaßnahmen rückgängig zu machen und einen völlig neuen Weg schöpferischer Politik zu suchen, der zu den Lebensformen der Koexistenz in der Wahrheit führt. Was Bonns CDU/CSU tut und weiter will, ist rein restaurativ und von hier aus unreligiös, ihre Politik birgt die Gefahr, im Kräftespiel des Westens wie der ganzen Welt einen deutschen, christlichen Einfluß sinnlos zu vergeuden.

Vor jedem Christen erhebt sich nun und hier die Aufgabe, zu prüfen, wie eine neue politische und christliche Front erstehen kann, die nicht — als den Nöten der Zeit nicht gewachsen — von den echten Mächten der Gegenwart kurzerhand zerschlagen und hinweggefegt wird.

Probleme des Atomzeitalters

Von Dr. Hanfried Lenz

„Die entfesselte Atomenergie hat alles verändert außer unserer Denkweise, und deshalb gleiten wir ab, auf eine unbekannte Katastrophe zu.“
Albert Einstein.

An politischen Problemen fehlt es unserer Zeit nicht. Es mag genügen, in bunter Folge die Stichworte Wiedervereinigung, Europa, christliches Abendland, Kommunismus, Heimatrecht, Vereinte Nationen, Bandung, Nordafrika anzuführen. Ob wir klerikal, kommunistisch, demokratisch oder faschistisch regiert werden, ob Deutschland wieder vereinigt wird, ob die Vertriebenen auf Rückkehr hoffen dürfen, ob sich Westeuropa zusammenschließt, ob die USA oder die UdSSR oder vielleicht keine von beiden zur führenden Weltmacht wird — wer wollte diese Probleme nebensächlich nennen —? Und dennoch sind sie es im Vergleich mit der früher utopischen, heute, nach der Entwicklung der Wasserstoff-Bombe, selbstverständlichen Forderung, den Krieg zwischen den Großmächten auszuschalten. Es gibt kein Übel, das größer wäre als ein Atomkrieg, selbst als ein „gewonnener“, und darum muß es gelingen, ihn ebenso abzuschaffen wie früher die Sklaverei oder die grausame Justiz des Mittelalters.

Das haben einsichtige Staatsmänner wie der wiedergewählte USA-Präsident Eisenhower begriffen. Gewiß hat das „Gleichgewicht des Schreckens“ den bereits jahrelang,

auch bei uns, psychologisch vorbereiteten dritten Weltkrieg nicht stattfinden lassen — wenigstens bisher nicht! Aber das ist kein stabiles Gleichgewicht. Wenn auch die im Geiste von Genf von beiden Seiten gemachten echten Zugeständnisse eine Periode der Koexistenz eingeleitet haben, wofür wir nur sehr dankbar sein können, so sind doch die bisherigen Erfolge noch beschämend gering. Als ein ermutigendes Anzeichen sei festgehalten, daß die Stimmen verantwortungsbewußter Politiker von Namen und Rang sich mehren, man solle endlich und mindestens erst einmal die Fortsetzung der Versuche mit Kernwaffen einstellen — das Verbot einer Anwendung dieser Massenvernichtungswaffen bleibt so lange unerreichbar, obschon die gesamte Menschheit es immer vernehmlicher fordert), als es nicht gelingt, eine höchste politische Instanz an die Stelle des Krieges zu setzen. Sie zu schaffen ist die Aufgabe unseres Jahrhunderts.

In der bisherigen Entwicklung der Atomenergie hat die militärische Seite und Betrachtungsweise die ausschlaggebende Rolle gespielt. Das ist jedoch eine unnatürliche Erscheinung und nur vorübergehend, sofern die Menschen es fertig bringen, ihren kollektiven Selbstmord zu vermeiden. Jedermann weiß, daß auf längere Sicht hin die Kernspaltung für die Energieversorgung der Welt einfach unentbehrlich ist. Bei gleichbleibendem Verbrauch werden die Kohlenvorräte unserer Erde noch einige Jahrhunderte lang ausreichen, bei steigendem entsprechend weniger. Viel eher schon dürften die Erdölbestände erschöpft sein. Ohne Atomenergie gäbe es bald keine andere Lösung mehr als eine radikale Verminderung der Bevölkerungszahl, wobei die einzige Frage bliebe, ob durch vernünftige Geburtenbeschränkung oder durch Hunger, Mord und Totschlag. Aus dieser hoffnungslos erscheinenden Zwangslage zeigt die Atomenergie einen Ausweg, aber einen Ausweg voller Gefahren.

Alle verantwortungsbewußten Wissenschaftler sind sich darüber einig, daß die bei der Kernspaltung entstehende, teilweise sehr langlebige radioaktive Strahlung schwere gesundheitliche und erbbiologische Schäden verursacht, und ebenso darüber, daß es bislang unmöglich ist, diese Strahlung der in der Nähe eines Uran- oder Plutonium-Reaktors lebenden Bevölkerung völlig fernzuhalten. Insbesondere gibt es bis heute noch keine befriedigende Möglichkeit, den stark radioaktiven Abfall der Atom-Kraftwerke zuverlässig unschädlich zu machen.

Man darf also einstweilen von der Kernenergie wirklich kein goldenes Zeitalter mit ständig steigender Bevölkerungszahl und unaufhaltsam sich erhöhendem Lebensstandard erhoffen. Ganz im Gegenteil kann die Umstellung der Energiewirtschaft auf Atomkraft unermessliches neues Elend mit sich bringen, z. B. durch die Zunahme von Krebserkrankungen und erblichen Mißbildungen. Schon immer mußten Arbeiter in Uran-Bergwerken mit einem erheblich verkürzten Leben rechnen. Dasselbe wird für immer weitere Bevölkerungskreise und schließlich für die Gesamtheit gelten, wenn man die Entwicklung des Atomzeitalters genau so einfach dem freien Spiel der Kräfte überläßt, wie es im 19. Jahrhundert mit der heraufkommenden Industrie geschehen ist.

Die Atomwirtschaft kommt, so oder so — und trotzdem ist vor einer Übereilung dabei nur dringend zu warnen. Vordringlich und wahrhaft lebenswichtig ist die Erforschung aller Tatsachen, die mit der Atomenergie in Zusammenhang stehen, einschließlich ihrer medizinischen und biologischen Auswirkungen. Dasselbe gilt für die Aufklärung über die bereits erzielten Ergebnisse. Hierzu gehören auch die einwandfreien Messungsergebnisse über schon eingetretene radioaktive Vergiftungserscheinungen. Gerade auf diesem Gebiete liegt zwar Geheimniskrämerei sehr nahe, aber sie wäre nirgendwo weniger am Platze (vgl. hierzu die am Schluß zitierte Schrift von K. Bechert, insbes. S. 25—31!). Jedenfalls steht fest: der Schaden, der durch voreilig und mit unzureichendem Schutz der Bevölkerung vor Strahlen aufgebaute Atomkraftwerke angerichtet werden kann, wäre nicht wieder gutzumachen, und gleich verhängnisvoll wäre es, wenn Gesichtspunkte des nationalen oder des kapitalistischen Konkurrenzkampfes den Vorrang vor der unabwiesbaren, bis zum heutigen Tage noch längst nicht befriedigend erfüllten und erfüllbaren Forderung des Strahlenschutzes behielten.

Zur Einsicht in die durch die Atomenergie erwachsene Notwendigkeit, das Verhalten der Menschen und der Staaten zueinander zu ändern, braucht man weder Fachkenntnisse noch mehr als durchschnittlichen Verstand.

Im Grunde werden hier nur sehr selbstverständliche Dinge ausgesprochen. Das könnte als überflüssig erscheinen, wenn nicht fast jeder Blick in eine beliebige Zeitung zeigen

würde, daß auch gebildete Menschen und sogar Persönlichkeiten in führenden Ämtern des Staatswesens, der Kirchen, der Parteien usw. das Ausmaß der bereits eingetretenen und sich weiter abzeichnenden Veränderungen nicht begreifen können — oder nicht begreifen wollen. In den politischen Diskussionen wird in überholten Vorstellungen gedacht, als ob es noch keine Atombomben gäbe. Der Bundeskanzler ordnet seit Jahren seine gesamte Politik einer im Atomzeitalter nur sinnlos zu nennenden Aufrüstung unter, seine Presse macht die Koexistenz verächtlich, sein Ressortminister spricht von Kernwaffen für die Bundeswehr, und allen Ernstes glaubt man an die Möglichkeit eines Luftschutzes.

Bis heute fehlt bei uns das im Grundgesetz, Art. 26, verlangte Gesetz, das friedensfeindliche Handlungen unter Strafe stellt. In der Deutschen Demokratischen Republik existiert ein solches Gesetz — und es wird zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit mißbraucht. Funktionäre von Organisationen der Vertriebenen schlagen Lärm, wenn ein Abgeordneter einmal ohne Rücksicht auf Parteitaktik einige Selbstverständlichkeiten ausspricht. Das alles, und manches mehr, geschieht vielfach aus einer früher gewiß sehr ehrenwerten Einstellung heraus, die heute aber absolut wirklichkeitsfremd ist — denn der alte Grundsatz, daß man sich sein Recht, wenn man es auf friedlichem Wege nicht bekommt, eben mit Gewalt verschafft, ist platterdings überholt.

Dieses Umdenken und Umlernen ist schwer, weil es beinahe allen — guten wie schlechten — Traditionen der bisherigen Geschichte widerspricht, abgesehen von den christlichen. Man brauchte wirklich nicht viel mehr zu tun, als einmal mit dem Christentum Ernst zu machen. Das ist bisher in der Politik nie gelungen. Heute sollte es nach marxistischer Logik auf Grund der durch die Atomenergie eingeleiteten Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich sein. Vielleicht können viele ältere Menschen nicht mehr die Bedeutung der angebrochenen Zeitenwende ermessen. Aber dann sind sie auch zum Regieren zu alt.

Die mittlere und jüngere Generation muß lernen, in der neuen Zeit zu leben und alte Denkgewohnheiten und Tabus über Bord zu werfen, damit der heutige Zustand ein Ende finde, daß die praktische Politik von Ideen beherrscht wird, die schon längst museumsreif geworden sind.

Einige allgemeinverständliche Schriften zu diesen Fragen: Karl Bechert: Der Wahnsinn des Atomkrieges. Erweiterte Fassung eines Vortrages vor dem Bundestag. Eugen Diederichs, 1956. — Robert Jungk: Heller als tausend Sonnen. Erscheint demnächst. — Werner Kliefoth: Sind wir bedroht? Physik-Verlag, Mosbach/Baden 1956. — Charles Noel Martin: Hat die Stunde H geschlagen? S. Fischer, 1955.

Über die militärische Lage Deutschlands

Von Dr. Franz Beyer, General a. D.

Die jüngsten Ereignisse in der Welt — so die Suez-Krise mit der völkerrechtswidrigen Intervention Englands und Frankreichs in Ägypten, der Angriff Israels auf die Sinai-Halbinsel und die Kämpfe in Frankreichs nordafrikanischem Kolonialreich — und in unserer unmittelbaren Nachbarschaft — Polen und Ungarn — geben Anlaß, sich über die militärische Lage Deutschlands klar zu werden. Dabei soll die der beiden heutigen deutschen Teilstaaten ebenso untersucht werden wie die voraussichtliche militärische Situation eines künftigen Gesamtdeutschlands.

Als nach dem Niederbruch von 1945 das Deutsche Reich in Besatzungszonen zerfiel, in denen die ausländischen Militärbefehlshaber neben der gesamten militärischen auch einen großen Teil der zivilen Gewalt übernahmen, bildete sich in Westdeutschland auf Betreiben der westlichen Besatzungsmächte hin die Bundesrepublik als halbsouveräner, also in seiner völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit beschränkter Staat. Nach diesem Vorgang entstand in Mitteldeutschland auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht hin die Deutsche Demokratische Republik mit demselben völkerrechtlichen Status. So verschieden sich auch diese beiden deutschen Teilstaaten in politischer und wirtschaftlicher, so-